

**Antrag**

Hannover, den 03.09.2019

Fraktion der FDP

**Missbilligung des Innenministers**

Der Landtag wolle beschließen:

## Entschließung

In der 55. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport am 12. Juli 2019 fragte der innenpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Dr. Marco Genthe, Herrn Minister Pistorius im Rahmen der Unterrichtung zum Diebstahl von Unterlagen aus einem Privat-Pkw eines Polizeivollzugsbeamten: „Gab es seit Beginn dieser Legislaturperiode weitere, ähnliche sicherheitsrelevante Vorkommnisse innerhalb der niedersächsischen Sicherheitsbehörden, die den Mitgliedern des zuständigen Ausschusses ebenfalls nicht mitgeteilt wurden?“

Minister Pistorius antwortete darauf: „Mir sind keine weiteren Vorkommnisse bekannt, die von den Sicherheitsbehörden dem Innenministerium hätten gemeldet werden müssen oder können oder worden sind.“ Ferner führte der Minister aus: „Mir ist kein weiterer Fall derartiger, vergleichbarer oder ähnlicher Art bekannt.“

In der 56. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport am 8. August teilte der Innenminister sodann mit, dass das Landespolizeipräsidium mit Bericht vom 11. Juni 2019 über das Fehlen einer dienstlichen Maschinenpistole (Heckler & Koch MP5) nebst zwei Magazinen mit Einsatzmunition in der Polizeiinspektion Celle informiert worden sei. Der Minister sei spätestens Anfang Juli über den Sachverhalt grob unterrichtet worden.

Das Ministerium für Inneres und Sport und auch Minister Pistorius hatten am 12. Juli 2019 somit bereits von dem Abhandenkommen der Waffe Kenntnis. Gleichwohl hat Minister Pistorius die oben zitierten Aussagen getroffen.

Vor diesem Hintergrund stellt der Landtag fest, dass Herr Minister Pistorius in der 55. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport am 12. Juli 2019 wider besseres Wissen falsche Angaben gemacht hat. Er hat die Unwahrheit gesagt und damit gegen seine verfassungsrechtliche Verpflichtung verstoßen, Anfragen von Mitgliedern des Landtages nach bestem Wissen zu beantworten.

Der Landtag missbilligt das Verhalten des Innenministers.

Christian Grascha  
Parlamentarischer Geschäftsführer